

Die Altstadt gestalten



Perspektiven für 2014 bis 2019

Koalitionsvertrag
zwischen
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Grüne)
und der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

I. Präambel

Auf der Basis großer inhaltlicher Gemeinsamkeiten und der erfolgreichen Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren haben sich Grüne und SPD in der Altstadt darauf verständigt, die Koalition fortzusetzen. Die nachfolgenden Grundlagen werden für ihre Zusammenarbeit konstituierend sein:

Wir bekennen uns zu einer Politik, die sozial und ökologisch ist. Die Altstadt ist wie kein anderer Mainzer Stadtteil ein Ort des Wohnens und zugleich der Kultur, der Geschichte, des Arbeitens, des Einkaufens, der Freizeit und des Tourismus. Das macht das Flair unserer Altstadt aus. Die unterschiedlichen Nutzungen bedürfen jedoch einer besonders sensiblen Politik. Die Bürgerinnen und Bürger der *Altstadt* haben uns in der letzten Wahl ihre Stimme gegeben. Deshalb vertreten wir in erster Linie deren Interessen.

Wir möchten die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Ortsbeirat fortsetzen. Dieser Koalitionsvertrag steht einer überparteilichen Zusammenarbeit nicht im Wege, sondern ist eine Einladung an alle anderen politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Altstadt.

II. Inhaltliche Schwerpunkte

1. Integrierte Stadtplanung für die Altstadt

Wir engagieren uns für ein umfassendes Stadtentwicklungs-Konzept, das die räumlichen und sozialen Strukturen für die Zukunft der Altstadt koordiniert. Die Stadtplanung bringt die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen zum Wohl der BürgerInnen miteinander in Einklang.

- ✓ Stadtplanung und Städtebau sollen dazu beitragen, eine lebenswerte Umwelt für die heutige und die zukünftigen Generationen zu schützen und zu entwickeln.
- ✓ Die Ausstattung mit Grünanlagen und Spielflächen, die Verkehrsorganisation und die Gestaltung des öffentlichen Raums haben große Bedeutung für die BewohnerInnen der Altstadt.
- ✓ Die bauliche Entwicklung hat die historisch vorgegebenen Leitlinien zu respektieren, denn städtebauliche Gestalt und Ortsbild sind die Basis jeglicher kulturellen Verankerung. Neubauvorhaben und Umstrukturierungen sind im öffentlichen Raum unter den Aspekten der Denkmal- und Stadtbildpflege zu beurteilen.
- ✓ Die Anzahl der Wohnungen in der Altstadt soll gesteigert werden. Dies darf nicht zu Lasten der Grün- und Spielflächen erfolgen.
- ✓ Der weitere Ausbau der sozialen, kulturellen und der technischen Infrastruktur ist nicht nur für die hier Wohnenden und Arbeitenden bedeutend, sondern auch mit dem Blick auf die Gesamtstadt weiterzuentwickeln.

1. Wir werden die momentan entstehenden Planungskonzepte, Baugesuche und Bebauungspläne mit dem Ziel der Konfliktminimierung unter den o. g. Aspekten bewerten. Auch deshalb begrüßen wir die Erarbeitung eines integrierten Innenstadt-Konzeptes. Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten und uns für eine umfassende Bürgerbeteiligung einsetzen. Dabei ist die Beteiligung von ExpertInnen der verschiedenen Fachgebiete der Stadtplanung besonders erwünscht. Bei der Neugestaltung von Bahnhofstraße und Münsterplatz müssen die BürgerInnen des Bleichenviertels in die Diskussion einbezogen und Vorschläge zur Begrünung und zur Darstellung der Stadtgeschichte (z.B. Stadtmauer) für das Quartier vorgelegt werden.
2. Die von der Verwaltung vorgelegten Konzepte für öffentliche Plätze und Bereiche sollen unter dem Leitmotiv der Aufenthaltsqualität, der Kinderfreundlichkeit und der Barrierefreiheit beurteilt werden. Bereiche wie Bahnhofstraße, Münsterplatz und Große Langgasse müssen – nicht nur unter dem Verkehrsaspekt – besondere Berücksichtigung erhalten.
3. Für alle relevanten Teile der Altstadt sollen Gestaltungssatzungen aufgestellt und durchgesetzt werden. Es soll ein einheitliches Konzept zur weiteren Aufwertung und Steigerung der Attraktivität der Altstadt entstehen. Z. B. erzeugt ein großflächiges Verkleben der Schaufenster einen abweisenden Eindruck und soll verhindert werden.

2. Günstigen Wohnraum schützen und schaffen

Bund und Land haben 2014 die Rahmenbedingungen für das Erhalten und Herstellen von günstigem Wohnraum verbessert (Mietpreisbremse, Bestellprinzip bei Maklerkosten, attraktive Finanzierungsanreize). Dazu müssen ergänzende Maßnahmen der Stadt kommen.

Zahlreiche Altstadt-Wohnungen wurden mithilfe staatlicher Förderung gebaut und unterliegen daher einer zeitlich begrenzten Mietpreis- und Belegungsbindung. Unser Ziel ist, bei möglichst vielen Wohnungen diese Bindungen langfristig zu erhalten oder neue zu schaffen.

Leerstand: Trotz Wohnungsmangel und Mietpreissteigerungen stehen in der Altstadt zahlreiche Wohnungen und sogar ganze Häuser leer. Leider wird das schon zu lange geduldet. Die Verwaltung wird aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Abhilfe einzuleiten.

- ✓ Generell sind Wohnungen – und insbesondere preiswerte ältere Wohnungen – aus sozialen und ökonomischen Gründen zu erhalten.
- ✓ Wir begrüßen Modernisierungen zur Schaffung von Barrierefreiheit sowie zur Einsparung von Energie. Damit die Mietpreise in der Altstadt nicht weiter steigen, lehnen wir übertriebene Modernisierungen (sog. Luxusmodernisierungen) ab.
- ✓ Maßstab für die Altstadt soll sein, dass bewohnbarer Raum weder abgerissen noch aus Spekulationsgründen verrotten darf, sondern erhalten und weiter bewohnt wird. Nicht mehr benötigte Gewerbeflächen sollen zu Wohnraum umgewandelt werden, nicht umgekehrt.
- ✓ Bei Baumaßnahmen ist sicherzustellen, dass das Mietniveau (Mietspiegel) nicht steigt. Es müssen auch Wohnungen für Menschen mit normalen und geringen Einkommen gebaut werden.
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnungsunternehmen (z.B. Wohnbau Mainz) Mietpreisbindungen und Belegungsrechte aus Stadtrand-Neubaugebieten in die Altstadt übertragen. Dies dient der sozialen Mischung im Neubaugebiet und in der Altstadt.
- ✓ Die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge wird befürwortet. Um Integration zu ermöglichen, setzen wir uns für kleine dezentrale Unterkünfte und gegen große Heime ein.

1. Wir fordern ein mehrjähriges Programm zur Schaffung preiswerter Wohnungen in der Altstadt.
2. Bei Neubauten wird analog der Schaffung von barrierefreien Wohnungen angestrebt: Bei fünf Wohnungen soll wenigstens eine für Menschen mit geringen Einkommen zur Verfügung stehen. So lange keine gesetzliche Vorschrift besteht, soll sich die Stadt selbstverpflichten.
3. Es soll eine Leitstelle für den sozialen Wohnungsbau eingerichtet werden, damit möglichst viele Neu-, Aus-, Umbauten, Modernisierungen und Sanierungen staatliche Fördermittel erhalten und im Gegenzug in die Mietpreisbindung einbezogen werden.
4. Die starke Nachfrage nach Wohnraum hat zu überhöhten Mietpreisen geführt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung den Mietspiegel erweitert, damit künftig auch die Vermietung einzelner Zimmer erfasst wird. Dies sorgt für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt, bremst den Mietanstieg und ist notwendig zur strafrechtlichen Verfolgung von Mietwucher.
5. Die Verwaltung soll ein Kataster zur Erfassung des Leerstandes aufbauen: mit Lage, Anzahl und Größe der Wohnungen und Gewerbeflächen sowie Gründen für den Leerstand.
6. Wir setzen uns dafür ein, dass Zwischennutzungsagenturen wie die „Schnittstelle 5“ von der Stadt unterstützt werden.
7. Die Verwaltung soll über die Umsetzung dieser Maßnahmen jährlich im Ortsbeirat berichten.

3. Einkaufen: Qualität und Charakter erhalten

Unsere Altstadt lebt durch ihre kleinteilige Mischstruktur von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen. Der inhabergeführte Einzelhandel prägt ihren Charakter. Ein überdimensioniertes Einkaufszentrum gemäß den derzeit bekannten ECE-Plänen mit 100 neuen Geschäften würde die gewachsene Struktur zerstören. Daher gilt für uns: Die vom Stadtrat am 24. Oktober 2012 auf der Grundlage breiter Bürgerbeteiligung (Ludwigsstraßen-Foren) beschlossenen Leitlinien sind unbedingt einzuhalten.

Insbesondere sind Nutzungsmischung, öffentlicher Raum, historischer Kontext, Sichtachsen und Verkehrsbelastung zu berücksichtigen.

Es gilt das vom Stadtrat mit überwältigender Mehrheit beschlossene Leitbild: „Wir wollen ein Stadtquartier mit einem Warenhaus und einer kleinteiligen Baustruktur, die eine als offenen Stadtraum erlebbare und nutzbare innere Erschließung hat. Es soll eine urbane Mischung von Einkaufen, Wohnen, Dienstleistungen, Sozialem und Kultur entwickelt werden.“ In diesem Sinne sind wir für ein kleinteiliges Stadtquartier, gegliedert durch öffentliche Durchwegungen. Nur ein solches Konzept hat Zukunft.

Wir unterstützen deshalb alle Mitglieder des Stadtrats, die ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit vor ihrer Wahl gegenüber der Öffentlichkeit erklärt haben, dass sie sich im neuen Stadtrat für das Leitbild und gegen ein Einkaufszentrum nach derzeitiger Planung einsetzen.

1. Das Ergebnis der Nachverhandlungen, die der Stadtrat im Dezember 2013 in Auftrag gegeben hat, liegt immer noch nicht vor. Ferner ist klar geworden, dass ECE nicht über die Grundstücke verfügt, die es für die Realisierung benötigt. Deshalb soll die Verwaltung in einem weiteren Ludwigsstraßen-Forum erläutern, welchen Effekt diese beiden Punkte auf die bisher diskutierte Planung haben, bevor es zu weiteren Beschlüssen im Stadtrat zu diesem Projekt kommt.
2. In den Leitlinien von 2012 wurden 400 Stellplätze für das Projekt ECE beschlossen. Ergibt sich aus der Landesbauordnung eine höhere Anzahl, ist die Ablösung in voller Höhe von der Stadt einzunehmen. Eine Sondersatzung für das Plangebiet, die eine andere Bedarfsberechnung ermöglichen würde, lehnen wir im Interesse einer gerechten Gleichbehandlung aller Bauherren ab. Die entsprechende Landesverordnung zur Landesbauordnung ist zur Sicherung EU-rechtlicher Beihilfavorschriften unbedingt einzuhalten.

4. Grünflächen und Platzgestaltung verbessern

Da die Altstadt der Stadtteil mit dem geringsten Grünflächenanteil ist, setzen wir uns nachdrücklich für den Erhalt aller in der Altstadt vorhandenen Grünflächen und Baumstandorte ein. Dem Rheinufer, den Grünflächen um Landtag und Zitadelle sowie dem Stadtpark kommen für die Naherholung der AltstädterInnen besondere Bedeutung zu.

Neben den wenigen Grünflächen in der Altstadt haben die Plätze eine wichtige Funktion zum Verweilen, Ausruhen und Spielen. Daher ist der Aufwertung bzw. Neugestaltung besonderes Augenmerk zu schenken. Eine gute Grundlage bildet der „Rahmenplan Mainzer Plätze“ vom Oktober 2007, der alle Plätze katalogisiert, bewertet und bereits konkrete Verbesserungen vorschlägt.

1. Bei Bauprojekten sind, wo immer es möglich ist, bestehende Bäume zu schützen. Ihr Erhalt ist schon bei der Planung zu berücksichtigen. Sollte eine Fällung unumgänglich sein, so ist ein Ersatz mit gleicher ökologischer Wertigkeit vorzunehmen.
2. Wir setzen uns ein:
 - für eine Erweiterung der Grünflächen
 - für die zusätzliche Anpflanzung neuer Bäume
 - für die zeitnahe Nachpflanzung verwaister BaumscheibenWir werden von der Verwaltung die Erarbeitung eines Planes anfordern, aus dem die zeitliche Abfolge der Nachbepflanzung aller leeren Baumstandorte im Bereich der Altstadt hervorgeht.
3. Bei der Platzgestaltung sehen wir vor allem hier Bedarf: Schlossplatz, das Umfeld des Platzes der Mainzer Republik, Romano-Guardini-Platz, Rheinufer zwischen Kaisertor und Theodor-Heuss-Brücke (im unteren Bereich, derzeit noch gepflastert) sowie der Wohnbaukomplex Holzhofstraße/Windmühlenstraße, den wir als Projekt für „Urban Gardening“ geeignet halten.

4. Wichtige Gestaltungselemente und -kriterien sind für uns:
 - ausreichend Sitzmöglichkeiten
 - Barrierefreiheit (z. B. wassergebundene Decken statt schlecht begehbares Pflaster, ausreichende Kontrastierung bei der Material- und Farbwahl für Menschen mit Sehbehinderungen)
 - geeignete Kinderspielgeräte
 - ausreichend Fahrradabstellmöglichkeiten (sie fehlen häufig, z. B. am Ballplatz)
 - ausreichend Papierkörbe
 - vogel- und insektenfreundliche Bepflanzung, auch mit Nutzpflanzen (Patenschaften mit Schulen und Kindergärten)
 - ein Beleuchtungskonzept, das Ästhetik, Sicherheit, Tierschutz und Energieeffizienz berücksichtigt
 - möglichst wartungsfreundliche Brunnen
5. Bei der Neugestaltung von Plätzen halten wir eine Bürgerbeteiligung für unverzichtbar.

5. Motorisierten Verkehr reduzieren – Mobilität erhöhen

Grundsätzlich streben wir die Gleichberechtigung der nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen mit den motorisierten an.

1. In den morgendlichen Lieferzeiten soll in den Fußgängerzonen das Durchfahren mit Fahrrädern im Schritttempo gestattet werden.
2. Bei Ampelschaltungen und bei Umbauten bestehender Verkehrsflächen ist der Fuß- und Radverkehr gegenüber dem PKW-Verkehr stärker als bisher zu berücksichtigen.
3. Verkehrsberuhigte Bereiche sollen ausgebaut werden: Z. B. in der Neutorstraße soll durch wechselseitige Gruppierung des ruhenden Verkehrs und weitere Maßnahmen der fließende Verkehr reduziert werden. In der Walpoden- und Breidenbacherstraße muss die bestehende Verkehrsberuhigung (Spielstraße) vollständig durchgesetzt werden, ggf. durch weitere Maßnahmen wie zusätzliche Schilder oder Markierungen.
4. Der Parkplatzsuch- und Durchfahrtsverkehr soll reduziert werden, z. B. in der Holzstraße, Neutorstraße, Emmeranstraße und Welschnonnengasse. Dabei soll die Tempo-30-Regelung auch in allen Nebenstraßen fortgeführt werden. Das Parkleitsystem soll optimiert werden.
5. Stellplätze in den Parkhäusern sollen günstigere Parktarife erhalten als Kurzzeitparkplätze auf offener Straße. Wir streben außerdem ein Modell zur vergünstigten Nutzung stadteigener Parkhäuser für die BewohnerInnen an (insbesondere in den Nachtstunden).
6. Das Bewohnerparken wollen wir räumlich ausweiten. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Großen Langgasse, Münsterstraße und Walpodenstraße. Für die bestehenden Bewohnerparkzonen soll der zeitliche Rahmen erweitert werden.
7. Die Markierungen auf der Straße, die den SchülerInnen einen sicheren Zu- und Heimweg weisen, müssen erneuert und ausgeweitet werden.
8. An der Martinus- und der Eisgrubschule kommt es wegen der Beförderung der Schulkinder durch die Eltern zu Unterrichtsbeginn und -ende regelmäßig zu Verkehrsbehinderungen. Verkehrslotsen sollen hier zur Sensibilisierung während der Stoßzeiten Aufklärungsarbeit leisten. Die Aktion der Polizei gegen die „automobile Beförderung“ zur Schule wird ausdrücklich begrüßt, und Vergleichbares vor anderen Altstadtschulen wird erbeten.
9. Sofern sich eine Lärmreduzierung herausstellt, soll die Tempo-30-Versuchsphase auf der Rheinstraße als dauerhafte Regelung übernommen werden und eine nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung auf der Kaiserstraße geprüft und eine Versuchsphase eingeführt werden.
10. Verkehrsteilnehmer, die mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad in die Stadt kommen, sollen die Möglichkeit haben, Gepäck oder Einkäufe an zentralen Stellen zwischenzulagern.

6. Soziale Verantwortung übernehmen

Die Altstadt weist eine sehr heterogene Zusammensetzung ihrer Bevölkerung auf: Alt und Jung, RentnerInnen und Studierende mit kleinem Budget, ein gut betuchtes, engagiertes Bürgertum, ein wachsender Anteil von MigrantInnen, Menschen mit hohem sozialen und kulturellen Engagement, aber auch weniger Engagierte. Wir möchten mit kreativen Maßnahmen weitere Menschen dafür gewinnen, sich für ihren Stadtteil einzusetzen.

Wir wollen uns auf mehrere Schwerpunkte sozialer Verantwortung in der Altstadt konzentrieren:

1. „Kümmerer aus der Nachbarschaft für NeubürgerInnen“: Mit dem Projekt streben wir die bessere Integration von „Zugezogenen“ an (Willkommenskultur).
2. „Gut leben im Alter“: Wir setzen uns für soziale Angebote sowie ihre Koordinierung und Vernetzung für ältere und bedürftige Menschen in der Altstadt ein. Beispiele sind Tauschbörse, Stadtteil-Flohmarkt, Reparatur-Café und Mehrgenerationenprojekte.
3. „Charta gegen Armut in der Altstadt“: Zur Unterstützung der staatlichen Daseinsvorsorge schlagen wir eine bessere Vernetzung bestehender Angebote vor (wie die Mainzer Tafel, die Pfarrer-Landvogt-Hilfe, kirchliche Initiativen, der Verein „Armut und Gesundheit“), um die Situation von Armut bedrohter oder betroffener Menschen zu verbessern. Eine überdachte, möglichst auch geheizte Anlaufstelle, für nasse und kalte Tage im Bereich der Altstadt ist für mobilitätseingeschränkte Wohnsitzlose notwendig, möglichst mit sanitären Anlagen.
4. „Gleiche Chancen für alle Kinder“: Unser erklärtes Ziel ist die Einrichtung mindestens einer weiteren Kindertagesstätte zusätzlich zum Hopfengarten, da der Bedarf für Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige in der Altstadt bei weitem nicht gedeckt ist. Im Bedarfsplan müssen auch die Kinder der Pendler/Berufstätigen, die in der Altstadt arbeiten, berücksichtigt werden.
5. Wir fordern, den Anspruch auf inklusive Betreuung in den Altstadt-Kindertagesstätten zügig umzusetzen.
6. Ganztagschule: Die Eisgrubschule soll in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten endlich Ganztagschule werden.
7. Nachmittagsbetreuung: Da die Altstadt bei Hortplätzen im Vergleich zu anderen Stadtteilen Schlusslicht ist, setzen wir uns mit Nachdruck für die Schaffung weiterer Angebote der Nachmittagsbetreuung ein.
8. Ferienbetreuung: Wir setzen uns für eine Ausweitung insbesondere kommunaler Angebote in der Altstadt ein oder empfehlen die kommunale Unterstützung privater Angebote.
9. Spiel- und Sportmöglichkeiten: Aufgrund der demographischen Struktur und der nicht selten beengten Wohnsituation vieler AltstädterInnen sind Bewegungsangebote für alle Altersgruppen wichtig. Prüfprojekte sind der Romano-Guardini-Platz zur Aufstellung eines Basketballkorbes sowie die Altenauergasse und/oder der Mauritzenplatz für Bewegungsgeräte für SeniorInnen.
10. Vernetzung: Der Ortsbeirat soll sich zum Ziel setzen, Institutionen und Bevölkerung gegenseitig zu vernetzen. In diesem Zusammenhang initiieren wir einen Altstadtkompass, der die BewohnerInnen über kulturelle Angebote und soziale Anlaufstellen informiert.

7. Kultur – bunt und lebendig

Die Altstadt beherbergt die meisten Kulturdenkmäler der Stadt, und das kulturelle Leben ist so vielfältig wie die hier lebenden Menschen. Diese kulturelle Vielfalt wollen wir erhalten. Wir freuen uns darüber, dass die Altstadt das kulturelle Zentrum der Region ist. Zusammen mit der Verwaltung wollen wir Wege finden, wie mit dem begrenzten Angebot an Raum und Förderungsmöglichkeiten umgegangen wird.

- ✓ Die kleinen und großen Kultureinrichtungen und die freien Kulturinitiativen sollen eine langfristige Perspektive an ihren derzeitigen Standorten haben.
- ✓ Leerstehende Immobilien sollen auch kulturellen Zwischennutzungen zur Verfügung stehen.
- ✓ Die Teilhabe am kulturellen Leben muss auch für Menschen mit geringem Einkommen gesichert werden.

1. Wir fordern für den Ortsbeirat frühzeitige Information und Mitberatung bei größeren Veränderungen im Stadtteil, z. B. zum Rathaus, Schloss, Landtag, KUZ und Römischen Theater sowie bei der Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum.
2. Unser Ziel ist eine Mischung aus größeren Veranstaltungen (z. B. Fastnacht und Johannismacht) mit kleineren (z. B. Open Ohr, Interkulturelle Woche, Sommerschwüle). Damit kommt unsere kulturelle Vielfalt zum Ausdruck.
3. Wir setzen uns dafür ein, dass auch neue Kulturinitiativen eine Chance haben, finanziell gefördert zu werden.
4. Wir unterstützen das Engagement von Zwischennutzungsagenturen, die Leerstände auch für kulturelle Initiativen zugänglich machen.
5. Wir möchten die Reste der historischen Stadtmauer besser zur Geltung bringen und sie von illegalen Nutzungen befreien.
6. Das Denkmal am Fischtorplatz erhebt Anspruch auf heute polnische und russische Städte. Es kann damit als historisches Zeugnis für revanchistisches Denken der Nachkriegsjahrzehnte eingeordnet werden. Um eine Aktualisierung zu leisten, soll die Stele thematisch um den europäischen Einigungsprozess ergänzt werden. Auch am Denkmal für die „SMS Mainz“ soll der geschichtliche Hintergrund erklärt werden.
7. Wir begrüßen, dass endlich die „Mainzer Republik“ Namensgeberin für den Platz, an dem der rheinisch-deutsche Nationalkonvent tagte, geworden ist. Wegen der historischen Bedeutung ist der Name auf den Raum zwischen Abgeordnetenhaus und Staatskanzlei auszudehnen.
8. Geeignete Flächen in städtischem Eigentum sollen für Graffiti freigegeben werden. Damit soll die Abgrenzung zwischen legaler Kunst und illegalem Sprayen nachvollziehbarer werden.

8. Lebensqualität und Rücksichtnahme

Wir engagieren uns dafür, dass die Altstadt für uns BewohnerInnen und für unsere Gäste lebens- und liebenswert bleibt. Die eingeleiteten Initiativen von Ortsbeirat, Verwaltung, Polizei, Gastronomen und Veranstaltern sind fortzuführen, um den ansteigenden Belastungen durch Lärm und Verschmutzung entgegenzuwirken. Dazu müssen auch zukünftig weitere Vereinbarungen getroffen werden.

1. Wir setzen uns dafür ein, dass das Ordnungsamt auch nachts in der Altstadt präsent ist.
2. Kommerzielle Veranstaltungen, insbesondere wenn sie mit Lautstärke und Verkehrsunterbrechungen einhergehen, sind zu reduzieren. Dies gilt auch für den „Partybus“ und das „Bierbike“.
3. Wir engagieren uns gegen ausufernden Verkehrslärm: Schwerlast-Durchgangsverkehr ist aus Wohngebieten wie der Altstadt fernzuhalten. Ferner beteiligen wir uns an den Aktionen gegen den Flughafenausbau und für ein achtstündiges Nachtflugverbot.
4. Bei illegalen Graffiti werden wir die Immobilien-EigentümerInnen aufrufen, für eine schnelle Entfernung zu sorgen, und fordern insbesondere die Stadt und die städtischen Unternehmen auf, bei eigenen Immobilien ihrer Selbstverpflichtung umgehend nachzukommen.
5. Wir sprechen uns für Hundekot-Beutelspender an Plätzen, Grünanlagen und entlang des Rheinufer aus.
6. Wir setzen uns für mehr öffentlich zugängliche Toiletten und bei Festen für unentgeltliche mobile Toiletten ein.

9. Bürgerbeteiligung – ein Muss

Bürgerbeteiligung wird in Mainz schon seit den 70er Jahren in vielfältiger Weise erprobt, lange bevor es für die Bauleitplanung gesetzlich verankert wurde. Durch die Ludwigsstraßen-Foren ist die Form der Beteiligung der betroffenen BürgerInnen wieder um eine Variante reicher geworden.

Wir halten es für unverzichtbar, dass Verwaltung und Investoren ihre Planungen frühzeitig und umfassend offenlegen und mit den Menschen der Altstadt in einen Dialog treten. Denn die „vor Ort“ Lebenden haben die genauesten Kenntnisse ihrer Umgebung.

1. In der Altstadt werden die themenbezogenen „Stammtische“, zu denen der Ortsbeirat einlädt, fortgeführt und dabei Verwaltung und weitere Fachleute einbezogen.
2. Die Ortsbeiratssitzungen bieten in der „Fragestunde“ die Möglichkeit, sich direkt an die Verwaltung zu wenden. Wir beabsichtigen, die Sitzungen nicht nur im Rathaus abzuhalten, sondern auch in anderen Einrichtungen zu tagen.
3. Schon heute haben die Mitglieder des Beirats für Integration und Migration, des Behindertenbeirates und des Seniorenbeirates Teilnahme- und Rederecht in jeder Ortsbeiratssitzung. Wir setzen uns dafür ein, dass dies verstärkt wahrgenommen wird.
4. Wir werden prüfen lassen, ob Bürgerentscheide nicht nur wie bisher auf Stadtebene, sondern auch auf Ortsteilebene möglich sind.

III. Zusammenarbeit und Personen

Grüne und SPD werden in Ortsbeiratssitzungen einzelne Themengebiete mit ExpertInnen der Verwaltung unter Beteiligung interessierter BürgerInnen intensiv und ergebnisorientiert beraten.

Wir sind uns einig, dass Initiativen aller im Ortsbeirat vertretenen Parteien offen aufgenommen werden und durch integrative Debatten konstruktive Entscheidungen herbeigeführt werden sollen.

Grüne und SPD vereinbaren für Ortsbeiratssitzungen ein gemeinsames Abstimmungsverhalten. Im Falle kurzfristig nicht ausräumbarer Differenzen werden sie möglichst eine Vertagung erwirken, um erneut die gemeinsame Verständigung zu suchen. Selbstverständlich können eigene Anträge durch die einzelnen Koalitionsparteien eingebracht werden.

Die beiden Parteien vereinbaren:

- ✓ den ersten stellvertretenden Ortsvorsteher / die erste stellvertretende Ortsvorsteherin auf Vorschlag der SPD und
- ✓ den zweiten stellvertretenden Ortsvorsteher / die zweite stellvertretende Ortsvorsteherin auf gemeinsamen Vorschlag zu wählen.

Unterzeichnet am 26. September 2014:

Bündnis 90 / Die Grünen: *Renate Ammann, Jonas Dimter, Dr. Brian Huck, Antje Kuessner, Sanem Okurdil*

SPD: *Andreas Behringer, Nora Egler, Dr. Gerhard Heck, Jürgen Hoffmann, Ilona Mende-Daum*